Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 07.06.2016 im Sitzungssaal des Rathauses

Alle Mitglieder sind ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind nachstehende Mitglieder, also mehr als die Hälfte:

Erster Bürgermeister, Vorsitzender

Norbert Stumpf

Gemeinderatsmitglieder

Christian Dirsch

Gabriele Dirsch

Johannes Eger

nicht anwesend zu TOP 49 und 50

Andreas Horner

Dr. Stephan Junger

Johannes Karl

Hans-Jürgen Leyh

Wolfgang Meyer

Doris Michaelis

nicht anwesend zu TOP 49 und 50

Annemarie Paulus

Dr. Christian Pfeiffer

Bärbel Rhades

Tassilo Schäfer

Wolfgang Seuberth

Christian Sprogar

Schriftführerin

Monika Eckert

Die Beschlussfähigkeit ist damit hergestellt.

Entschuldigt fehlen die **Gemeinderatsmitglieder**

Christa Schmucker-Knoll

gesundheitliche Gründe

Tagesordnung:

42. Fragen aus der Zuhörerschaft
43. Partnerschaftsvertrag Bubenreuth und Luby
44. Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2016 (Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung - Einführung wiederkehrender Beiträge)
45. Energienutzungsplan; Vergabe der Planungsleistungen
46. Erdgasbezug für kommunale Liegenschaften
47. Eigentümergemeinschaft Hauptschule Baiersdorf, Möhrendorf und Bubenreuth; Genehmigung des Wirtschaftsplans 2016
48. Kenntnisnahmen und Anfragen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um **19:30 Uhr**.

Einwendungen zur Ladung und gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 10.05.2016 werden nicht erhoben.

GRM C. Dirsch ersucht, TOP 44 „Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung – Einführung wiederkehrender Beiträge“ bis zu einer der folgenden Sitzungen zurückzustellen, um der Verwaltung Zeit zu geben, nach Vorliegen der Mustersatzung und der Vollzugsbekanntmachung eine Gegenüberstellung der alten und neuen Rechtslage zu erarbeiten.

Weitere Einwände werden nicht erhoben.

Lfd. Nr. 42 - Fragen aus der Zuhörerschaft

Ein **Bürger** weist darauf hin, dass das bei der Mitfahrbank aufgestellte Hinweisschild „Bräuningshof“ in zu geringer Höhe angebracht sei und in den Fußgängerweg rage. Aus Sicherheitsgründen sollte diese Gefahrenstelle durch Drehen des Hinweisbalkens behoben werden. Der **Vorsitzende** informiert, diese Bank sei von der Gemeinde Bräuningshof aufgestellt worden und sagt zu, sich darum zu kümmern.

Ein **Bürger** macht auf die ungünstige Parksituation in Straßen, in denen der Bus durchfährt, aufmerksam.

Lfd. Nr. 43 - Partnerschaftsvertrag Bubenreuth und Luby

Die seit 1956 bestehende Patenschaft über die Stadt Schönbach soll um eine Städtepartnerschaft mit Schönbach/Luby ergänzt werden. Ein entsprechender Beschluss wurde in der Gemeinderatssitzung vom 20.10.2015 gefasst.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei **GRM Andreas Horner** für seine Unterstützung bei der Vorbereitung des Partnerschaftsvertrages, der von der Verwaltung mit den in der Sitzung und im Beschluss des Gemeinderates vom 20.10.2015 angeführten Punkten ergänzt wurde.

Der vorliegende Partnerschaftsvertrag wurde von Herrn Kreuzinger bereits ins Tschechische übersetzt und an die Bürgermeisterin der Stadt Luby, Frau Anita Černikova, weitergeleitet. Eine Stellungnahme der Stadt Luby liegt derzeit noch nicht vor.

Es ist geplant, den Partnerschaftsvertrag im Herbst 2016 im Rahmen der Feier „60 Jahre Patenschaft Schönbach“ in der Stadt Schönbach zu unterzeichnen.

Der **Vorsitzende** verweist auf die von der Gemeinde organisierte Fahrt zum deutsch-tschechischen Grenzfest am 6. August und lädt die Mitglieder des Gemeinderates ein, daran teilzunehmen.

Die **Mitglieder des Gemeinderates** begrüßen eine Partnerschaft mit Schönbach/Luby und fassen nachfolgenden

Beschluss:

Die Gemeinde Bubenreuth erweitert die seit 1956 bestehende Patenschaft in eine Städtepartnerschaft mit Schönbach/Luby und beschließt den dieser Niederschrift beigefügten Partnerschaftsvertrag.

Der Vorsitzende wird ermächtigt, geringfügige textliche Änderungen des Partnerschaftsvertrages nach Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden ohne neuerlichen Beschluss durch das Gremium vorzunehmen.

Anwesend: 16 / mit 16 gegen 0 Stimmen

**Lfd. Nr. 44 - Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 16.05.2016
(Änderung der Straßenausbaubeitragssatzung - Einführung wiederkehrender Beiträge)**

Der Antrag wird auf Ersuchen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgestellt.

Lfd. Nr. 45 - Energienutzungsplan; Vergabe der Planungsleistungen

Der Vorsitzende bedankt sich beim Arbeitskreis Energiewende.

In der Gemeinderatssitzung vom 15.03.2016 wurde beschlossen, Angebote über die Erstellung eines Energienutzungsplans einzuholen. Folgende Firmen wurden gebeten, bis 29.04.2016 ein Angebot abzugeben:

- Energieagentur Nordbayern
- Energieagentur Regensburg
- Institut für Systemische Energieberatung Landshut (ISE)
- Technische Hochschule Nürnberg

Insgesamt wurden drei Angebote eingereicht, eines mit einer Angebotssumme in Höhe von 32.558,40 EUR (brutto), eines mit einer Angebotssumme in Höhe von 34.549,00 EUR (brutto), das dritte mit einer Angebotssumme in Höhe von 36.819,00 EUR (brutto).

Die **Fraktion der Freien Wähler** stellt folgende Anträge, über die der Vorsitzende abstimmen lässt:

Der Beschluss ist wie folgt zu ergänzen:

1. Um die Förderung des Vorhabens nicht zu gefährden, darf die Vergabe erst nach Vorliegen des Bewilligungsbescheids oder nach Zustimmung zum vorzeitigen Vorhabenbeginn erfolgen (Entsprechend „Merkblatt zur Förderung von Energieeinsparkonzepten und Energienutzungsplänen“ vom 25.11.15 (Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft)).
2. Der Vergabeumfang ist um folgende Positionen zu reduzieren:
 - a) Ermittlung des mobilen Energiebedarfs
 - b) Möglichkeiten zur Vermeidung von Verkehr

Begründung: Entsprechend Angebot erfolgen Datenerhebung und Analyse aufgrund der in der Gemeinde gemeldeten Fahrzeuge nach Fahrzeugart und Antrieb auf Basis durchschnittlicher Fahrleistungen und durchschnittlicher Verbräuche. Für allgemeine statistische Auswertungen, in denen individuelle Nutzungen der Bubenreuther keine Berücksichtigung finden, möchten wir keine Steuergelder ausgeben, zumal mit der Vergabe in angebotenem Umfang die eingeplanten Kosten um ca. EUR 5.000,- überschritten werden. Des Weiteren werden diese Aufwendungen nicht gefördert.

In der anschließenden Diskussion spricht sich **GRM Karl** dafür aus, den Punkt „Verkehr“ im Auftragsumfang zu belassen, da der Verkehr 40 % des energetischen Bedarfs ausmache. **GRM Eger** und **GRM C. Dirsch** schließen sich dieser Meinung an und betonen, dieses Thema sei schon eingehend im Energie- und Umweltausschuss behandelt worden.

Anwesend: 16 / mit 4 gegen 12 Stimmen
(Die Anträge sind somit abgelehnt.)

Nach kurzer Beratung schließt sich der Gemeinderat der Empfehlung des Energie- und Umweltausschusses an und fasst nachfolgenden

Beschluss:

Auf Grund der vorgelegten Angebote und der vom Arbeitskreis Energiewende hierzu erarbeiteten Auswertung wird beschlossen, Zuschlag auf das Angebot des Instituts für Systemische Energieberatung Landshut (ISE) in Höhe von 34.549,00 EUR brutto zu erteilen.

Anwesend: 16 / mit 16 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 46 - Erdgasbezug für kommunale Liegenschaften

Ziel der Bündelausschreibungen ist es, durch den Wettbewerb günstigere Erdgaspreise zu erhalten. Zu diesem Zweck werden gebündelte Ausschreibungen durchgeführt, das heißt, eine größere Anzahl Kommunen bzw. Zweckverbände wird jeweils in einem Bündel zusammengefasst. Grundsätzlich werden bezirksweite Bündel angestrebt. Mit Blick auf die mittelstandsfreundliche Gestaltung der Bündelausschreibungen kann es notwendig sein, weitere Ausschreibungsbündel zu definieren.

Die KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH erbringt die Leistung in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag. Dieser hat den Kooperationspartner gemäß einer Empfehlung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands in einem transparenten und diskriminierungsfreien Auswahlverfahren bundesweit ermittelt. Die KUBUS GmbH ist der derzeit einzige Anbieter eines elektronischen Ausschreibungsportals für Kommunen mit elektronischer Auktion.

Daher wird auf die Einholung von Vergleichsangeboten für die Dienstleistung beim Ausschreibungsverfahren verzichtet. Die Verwaltung fertigt einen entsprechenden Vergabevermerk.

Der Dienstleistungspreis beträgt netto 800 EUR (davon Grundpreis: 650 EUR, drei Abnahmestellen à 50 EUR).

Aufgrund der Bündelbildung ist eine Verfahrensträgerschaft durch die einzelnen Teilnehmer nicht praktikabel. Träger sämtlicher Bündelausschreibungen ist deshalb der Bayerische Gemeindetag, der sich hierzu ausdrücklich bereit erklärt hat. Die KUBUS GmbH arbeitet dem Gemeindetag als Dienstleister zu. Die wesentlichen verfahrensleitenden Entscheidungen (Ausschreibungsunterlagen/Zeitplan, insbesondere Tag der elektronischen Auktion und Zuschlagsentscheidung) trifft ein für jeden Bezirk gebildeter Vergabeausschuss. In diesem sind der/die jeweilige Bezirksvorsitzende des Gemeindetags sowie der zuständige Referent und ein fachkundiger Mitarbeiter des Gemeindetags Mitglied. Die Kommune bzw. der Zweckverband wird über alle Verfahrensschritte informiert. Weitere Entscheidungen sind durch den Teilnehmer nicht zu treffen.

Die Ausschreibungsverfahren sollen unter Berücksichtigung der Marktentwicklung durchgeführt werden. Es ist erforderlich, dass die Datenerfassung durch die Teilnehmer zügig abgeschlossen wird. Danach erfolgt eine Plausibilitätsprüfung durch die KUBUS GmbH. Die Da-

ten für die leistungsgemessenen Anlagen werden von der KUBUS zentral beim Erdgaslieferanten bzw. Netzbetreiber beschafft.

Die Verwaltung hat im Rahmen der Datenerfassung noch zu entscheiden, ob alle Abnahmestellen in ein Standardlos eingebracht werden (damit in jedem Fall nur ein Erdgaslieferant) oder ob die leistungsgemessenen Anlagen und die Anlagen mit Standardlastprofil in einem jeweiligen Speziallos extra ausgeschrieben werden (Vorteil: bessere Preischancen; Nachteil: ggf. mehrere Erdgaslieferanten).

Der Gemeinderat fasst nachfolgenden

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, mit der KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH den vorgelegten Dienstleistungsvertrag über die Vorbereitung und Durchführung von Bündelausschreibungen für die Lieferung von Erdgas über ein web-basiertes Beschaffungsportal abzuschließen.
2. Die Gemeinde überträgt die Aufgabe der Ausschreibung und Vergabe von Lieferleistungen für Erdgas, die alle verfahrensleitenden Entscheidungen umfasst, auf den Bayerischen Gemeindetag als ausschreibende und zuschlagserteilende Stelle.
3. Die Verwaltung wird gebeten, umgehend die Abnahmestellen im geforderten Datenformat zu erfassen bzw. auf Vollständigkeit zu prüfen und zu ergänzen.

Anwesend: 16 / mit 16 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 47 - Eigentümergeinschaft Hauptschule Baiersdorf, Möhrendorf und Bubenreuth; Genehmigung des Wirtschaftsplans 2016

Nach § 7 der Verwaltungsvereinbarung der Eigentümergeinschaft „Hauptschule Baiersdorf“ hat der Verwalter jeweils für ein Kalenderjahr einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Über den Wirtschaftsplan 2016 der Eigentümergeinschaft haben die drei beteiligten Gemeinden jeweils in ihren Gremien einen Beschluss zu fassen.

Der Gemeinderat fasst nachfolgenden

Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2016 für die Eigentümergeinschaft „Hauptschule Baiersdorf“ wird zugestimmt. (Anlage: Wirtschaftsplan 2016)

Anwesend: 16 / mit 16 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 48 - Kenntnisnahmen und Anfragen

GRM Dr. Pfeiffer schlägt als Anknüpfung an TOP 47 vor, die Rücklage sollte ausbezahlt werden, um wieder einen Originalzustand für alle Eigentümer zu erreichen. Bei einer Sanierung würden dann alle finanziell gleich beteiligt.

GRM Schäfer spricht sich dafür aus, dass das Vermögen an die Gemeinde zurückfließen sollte.

GRM Seuberth erklärt, die drei Kommunen Baiersdorf, Möhrendorf und Bubenreuth sollten sich einig sein und alle an einem Strang ziehen.

GRM Horner äußert seine Bedenken, dass der Lärmschutzwall keinen Durchlauf für Wasser aus dem Postelgraben habe. Der **Vorsitzende** informiert, es seien Durchlässe eingebaut.

GRM Horner erklärt, dass der Auslauf in der Mozartstraße durch eine wesentlich kleinere Verrohrung geändert wurde. Er fragt, ob dies im wasserrechtlichen Verfahren so vorgesehen sei. *(Anm. der Verfasserin: Eine ausführliche Protokollierung der Anfragen von GRM Horner wird in der Niederschrift der Sitzung vom 26.07.2016 unter TOP 63 wiedergegeben.)*

GRM Sproggar verweist im Zusammenhang mit dem Straßenausbaubeitrag auf das rechtskräftige Urteil des FG Nürnberg vom 24.06.2015 – 7 K 1356/14, wonach Steuerpflichtige den Lohnkostenanteil im Straßenausbaubeitrag in ihrer Einkommensteuererklärung als haushaltsnahe Handwerkerleistung geltend machen könnten. Bei der Vorschreibung des Straßenausbaubeitrages sollte die Gemeinde daher die Lohnkosten gesondert ausweisen.

GRM Leyh schlägt zum Thema „Fußgängerbehelfsbrücke – nicht barrierefreier Zugang zur S-Bahn-Haltestelle“ vor, die Verwaltung solle aktiv werden und nochmals an die Bahn herantreten. Die Bahn sollte die zusätzlichen Fahrtkosten von Personen übernehmen, die aufgrund des nicht barrierefreien Zugangs in Bubenreuth an einen anderen Bahnhof ausweichen (müssen). Der **Vorsitzende** informiert, dass das Schreiben der Deutschen Bahn vom 30.05.2016 an das zuständige Landratsamt und an das Ministerium weitergeleitet werde.

GRM Rhades teilt mit, bei der Bürgerversammlung vom 1. Juni sei unzureichend über die neue Rechtslage zum Straßenausbaubeitrag informiert worden. Der **Vorsitzende** erklärt, die Gemeinde habe derzeit noch keine rechtliche Grundlage, da bisher weder die Vollzugsbekanntmachung noch die Mustersatzung vorliegen.

GRM Meyer fragt nach dem im Mitteilungsblatt vom Juni angekündigten neuen, zweiten Vorentwurf zum Bebauungsplan Hoffeld. Der **Vorsitzende** erklärt, dass die bisher geplante Bebauung für Hoffeld I und II schwierig umzusetzen sei. Auf ausdrücklichen Wunsch der Grundeigentümer wurde von der Gemeinde ein weiteres Lärmgutachten in Auftrag gegeben, das aufzeigen soll, ob gegebenenfalls in Teilbereichen auch gemischte Bebauung – Wohnen und Gewerbe – möglich wäre.

Zur Frage nach der Möglichkeit für sozialen Wohnungsbau auf der freien Fläche des Anwesens Hauptstraße 7 teilt der **Vorsitzende** mit, maßgeblich sei der Bebauungsplan. Die Geschosshöhe dürfe nicht zu hoch gehalten werden. Für keinen der beiden bisher vorgelegten Pläne wäre seitens des Landratsamtes eine Genehmigung erteilt worden.

Eine nichtöffentliche Sitzung schließt sich an.

Ende: 21:15 Uhr

Norbert Stumpf
Vorsitzender

Monika Eckert
Schriftführerin